zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Ennsdorf

Ausgabe · November 2026 | 561782/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



ENNSDORF WIRD DURCH SPÖ UND ÖVP ZUR RADARZONE

SICHERHEIT JA – ABER DIE AUTOFAHRER IN ZEITEN WIE DIESEN ZUSÄTZLICH ZUR KASSE BITTEN? NEIN!

Pensionisten-Volksbegehren:

Jetzt unterstützen!

Die Initiative „Faire Pensionen Österreich“ fordert eine faire und vollständige Pensionsanpassung entsprechend der Inflation, ein Recht auf ein analoges Leben ohne Digitalisierungszwang sowie eine funktionierende Gesundheits- und Pflegeversorgung.

So kann das Volksbegehren unterstützt werden:

- Online mit ID Austria über die Plattform des Innenministeriums
- Persönlich in jeder Gemeinde in Österreich

Für die Behandlung im Nationalrat werden mindestens 100.000 Unterschriften benötigt.

Jede Unterstützung zählt – unabhängig vom Alter!



Gemeinde baut – und zahlt 15 Jahre für den Strom vom eigenen Dach!



Auf dem neuen Gemeindezentrum wird eine Photovoltaikanlage samt Speicher errichtet. **Die Gemeinde stellt das Dach zur Verfügung – und muss den dort erzeugten Strom anschließend 15 Jahre lang um 14 Cent netto pro Kilowattstunde kaufen**. Erst danach geht die Anlage unter den vereinbarten Bedingungen an die Gemeinde über.

Für uns ist das **nicht nachvollziehbar.** Wenn schon Millionen in ein neues Gemeindezentrum investiert werden, hätte man vielleicht etwas kleiner planen und dafür Geld für eine **eigene PV-Anlage samt Speicher** vorsehen sollen.

Noch sinnvoller wäre gewesen, eine eigene **Energiegemeinschaft** ernsthaft zu prüfen und den selbst erzeugten Strom für Gemeindeamt, Schule, Kindergarten und weitere öffentliche Einrichtungen zu nutzen. Genau diese Möglichkeit wurde in der Gemeinderatssitzung angesprochen.

Unser Standpunkt: Ein Dach der Gemeinde sollte Energie für die Gemeinde liefern – und nicht dazu führen, dass die Gemeinde jahrelang für den Strom vom eigenen Dach bezahlt!

Bürgermeister Lachmayrs Prunkbau – die Ennsdorfer zahlen die Rechnung



Der Nachtragsvoranschlag 2026 zeigt deutlich, wie stark das neue Gemeindeamt die Finanzen Ennsdorfs belastet. Während Bürgermeister **Daniel Lachmayr und die SPÖ** an diesem aus unserer Sicht überdimensionierten Projekt festhalten, muss die Gemeinde tief in ihre finanziellen Reserven greifen.
Im Nachtragsvoranschlag sind **904.300 Euro an Entnahmen aus Haushaltsrücklagen** vorgesehen. Gleichzeitig werden zwar neue Rücklagen gebildet, unterm Strich werden jedoch rund **502.700 Euro mehr entnommen als zugeführt.**

Dazu kommen die Kredite für das neue Gemeindezentrum: **1,1 Millionen Euro 2025, 2,9 Millionen Euro 2026 und weitere 300.000 Euro 2027.** Der gesamte Schuldenstand der Gemeinde liegt 2026 bei rund **7,5 Millionen Euro.**

Der Nachtragsvoranschlag wurde mit den Stimmen von **SPÖ und ÖVP** beschlossen. Wir halten diesen Weg für falsch. Ein kleineres, zweckmäßiges und leistbares Gemeindeamt hätte aus unserer Sicht völlig ausgereicht.

Unsere Befürchtung ist klar: Wenn Rücklagen schwinden und gleichzeitig Millionen an Schulden zu bedienen sind, steigt der finanzielle Druck auf die Gemeinde. Damit wächst auch die Gefahr weiterer Gebührenerhöhungen. **Am Ende zahlen die Ennsdorfer die Rechnung für Bürgermeister Lachmayrs Prunkbau.**

Sicherheit ja – Radar-Abzocke nein!



KI generiert

In Ennsdorf sollen drei fixe Radarboxen in der Wiener Straße, der Mauthausner Straße und im Bereich Windpassing aufgestellt werden. Kosten für die Gemeinde: rund 100.000 Euro. Der Gemeinderat hat mehrheitlich zugestimmt – wir Freiheitliche sagen klar Nein!

Verkehrssicherheit ist wichtig. Aber dafür braucht es Maßnahmen, die Gefahrenstellen tatsächlich entschärfen: Verkehrsinseln, Fahrbahnverengungen, Bodenschwellen oder erhöhte Schutzwege.

Eine Verkehrsinsel bremst das Auto – eine Radarbox kassiert im Nachhinein.

Unsere Forderung:
Statt rund 100.000 Euro für drei Radarboxen auszugeben, soll die Gemeinde dieses Geld in echte Verkehrsberuhigung und sichere Straßen investieren.
Sicherheit schaffen statt Autofahrer abkassieren!

Hundefreilaufzone für Ennsdorf – unsere Forderung bleibt!



Wir setzen uns weiterhin für die **Einrichtung einer Hundefreilaufzone in Ennsdorf ein.** Viele Ennsdorfer Hundebesitzer wünschen sich einen sicheren und eingezäunten Bereich, in dem sich ihre Hunde frei bewegen, spielen und austoben können. Derzeit fehlt in unserer Gemeinde eine entsprechende Möglichkeit.

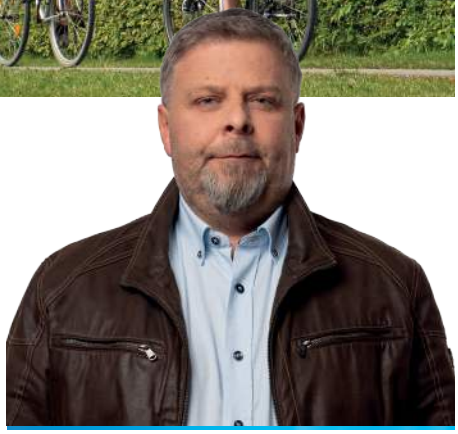
Eine Hundefreilaufzone würde nicht nur den Hundehaltern zugutekommen, sondern auch für ein besseres Miteinander sorgen. Ein klar abgegrenzter Bereich kann Konflikte mit Spaziergängern, Familien und anderen Nutzern öffentlicher Flächen reduzieren.

Unsere Forderung ist klar: Die Gemeinde soll einen geeigneten Standort prüfen und die Voraussetzungen für eine Hundefreilaufzone in Ennsdorf schaffen.

Wir bleiben dran – für eine hundefreundliche Gemeinde und ein gutes Miteinander!

Sichere Radwege ja – Investitionen müssen leistbar bleiben





Thomas Hauseder
Gemeinderat

Die FPÖ Ennsdorf steht grundsätzlich für den weiteren Ausbau sicherer und sinnvoller Radverbindungen. Gerade in Zeiten angespannter Gemeindefinanzen muss jedoch bei größeren Investitionen besonders genau darauf geachtet werden, welche Projekte derzeit notwendig und **finanzierbar sind und wo andere Maßnahmen Vorrang haben müssen.**

Die geplante Radwegbrücke über die A1 ist mit erheblichen Gesamtkosten verbunden und würde auch für die beteiligten Gemeinden einen beträchtlichen finanziellen Eigenanteil bedeuten. Aus Sicht der FPÖ Ennsdorf ist daher zu prüfen, **ob eine Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber anderen notwendigen kommunalen Investitionen ausreichend Priorität besitzt.**

„Wir sagen Ja zum Ausbau des Radwegenetzes. Gleichzeitig müssen wir mit den verfügbaren Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Nicht jedes Projekt kann sofort umgesetzt werden. Für uns hat derzeit Vorrang, vorhandene Mittel dort einzusetzen, wo der dringendste Bedarf besteht“, erklärt FPÖ-Gemeinderat Thomas Hauseder.

Für die FPÖ Ennsdorf ist daher entscheidend, größere Radverkehrsprojekte **nach Verkehrssicherheit, tatsächlichem Bedarf, Kosten und finanzieller Tragbarkeit** zu bewerten.

„Wir wollen Radverkehr ermöglichen und sichere Verbindungen schaffen. Gleichzeitig müssen Investitionen nachvollziehbar priorisiert werden. Angesichts der derzeitigen Budgetsituation sehen wir bei der A1-Radwegbrücke aktuell keine vorrangige Umsetzung.“